Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 7-8

Artikel: Weltpolitischer Überblick : erstes Halbjahr 1972
Autor: Geiss, Imanuel
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142065

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ist nicht geeignet, die Misere unserer Gesellschaft zu überwinden. Die Bombenleger, wer sie auch immer seien, betreiben nichts als politischen Schaden, ebenso diejenigen, die sie unterstützen.

3. Wer sich über die Bomben bei uns erregt, nicht aber über die jahrelangen amerikanischen Massenbombardierungen in Vietnam, heuchelt. Diese verbreitete Heuchelei ist geeignet, junge Menschen wahnsinnig zu machen. Wer das nicht versteht, ist als akademischer Lehrer fehl am Platze. Darum:

4. Die intellektuelle Verantwortlichkeit für die Bombenanschläge ist bei denen zu suchen, die seit Jahren den über das vietnamische Volk herabregnenden Bombenmord rechtfertigen. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn dann einige aus der Bahn geratene Leute auch hierzulande meinen, Bomben rechtfertigen zu können.

Prof. D. Helmut Gollwitzer,
Seminar für Evang. Theologie an der Freien Universität Berlin

Aus: «Blätter für deutsche und internationale Politik», Juni 1972.

WELTPOLITISCHER ÜBERBLICK

Erstes Halbjahr 1972

Die drei großen Gefahren

Das erste Halbjahr brachte wiederum eine fast chaotische Fülle von wichtigen politischen Ereignissen auf globaler wie auf den diversen nationalen Ebenen so, daß der Chronist schier verzagen möchte, ob es gelingt, auch nur die wichtigsten einigermaßen verständlich in seinem knappen Bericht zu erwähnen und in das allgemeine Geschehen einzuordnen. Die Gesamtkrise der Menschheit mit ihrer unheiligen Dreifaltigkeit — Drohung des Dritten Weltkriegs, des wie auch immer gearteten Konflikts zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern sowie der ökologischen Katastrophe (und wenn nur durch Erschöpfung der Rohstoffe oder Zusammenbruch des Wasserhaushalts) — spiegelt sich vor allem in zwei internationalen Konferenzen und in der Verschärfung des Vietnamkriegs wider. Alle drei Ereignisse zeigen, wie eng die drei Gefahrenmomente für die Menschheit gegenwärtig miteinander verknüpft sind:

Genocid in Vietnam

Die USA verschärften ihre Kriegführung gegen Vietnam in Nord und Süd als «Strafe» dafür, daß die Befreiungsarmee es wagte, mit ihrer Frühjahrsoffensive das trügerische Konzept der «Vietnamisierung» insoweit zu zerstören, als die Offensive bewies, daß sich das Regime Thieu in Saigon tatsächlich nur noch durch den Bombenhagel der USA halten

kann. Mit der Verminung der nordvietnamischen Gewässer durch die USA, dem Einsatz von neuen mörderischen Waffen, dem Bombardement von Deichen und Dämmen sowie der künstlichen Erzeugung verheerender Regenfälle wird das Land im Süden endgültig zerstampft und soll das Land im Norden samt Menschen offenbar in einer gewaltigen Sintflut ersäuft werden, so wie man Ratten oder Ungeziefer vertilgt. Nimmt man noch die auf Jahrzehnte umweltgefährdende oder umweltvernichtende Kriegführung durch Napalm, chemische Mittel und «konventionelle» Bomben und Granaten hinzu, so wird der ganze inhumane Charakter des amerikanischen Imperialismus und Kapitalismus, sein gemeingefährlicher Charakter immer deutlicher.

Industrieländer gegen Dritte Welt. Weg zur Katastrophe

Die schönsten Umweltschutz- und Entwicklungsprogramme der USA werden zur reinsten Heuchelei angesichts solcher Praktiken mit solchen Konsequenzen. Angesichts der chronisch wiederkehrenden Schwächeanfälle westlicher Währungen, vor allem US-Dollar und britisches Pfund, hatten die Entwicklungsländer auf der UN-Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) keine Chance, die Industrieländer zu erheblichen Konzessionen zu zwingen: In Zeiten ungebrochener Hochkonjunktur können die Industrieländer ohnehin die Preise und Wirtschaftsbedingungen für die ökonomisch schwachen Länder diktieren, und in Zeiten der Krise und Schwächen halten sie umso zäher an den einmal errungenen Positionen ökonomischer Privilegien und politischer Macht fest.

Die Konsequenz kann nur sein, daß sie eines Tages zu Konzessionen gezwungen werden, wenn nicht rechtzeitig in einem geregelten politischen Prozeß, so in einem chaotischen Vorgang, der alle Merkmale klassischer Revolutionen auf nationaler Ebene aufweisen könnte: Rechtzeitige Reformen im Interesse aller scheitern am Egoismus der besitzenden und herrschenden Klasse, also einer Minderheit (der Industrieländer), sodaß in ihrer Verzweiflung die ausgebeutete und arme Mehrheit (Entwicklungsländer) in wilder Verzweiflung versuchen wird, sich das ihr Gebührende zu nehmen. Sicher ist wegen der großen Unterschiede in der Interessenlage und dem (fragwürdigen) politischen Geschick der imperialistischen Länder die einheitliche politische oder gar militärische Aktion der Entwicklungsländer gegen die Industrieländer (kapitalistischer wie kommunistischer Prägung) wenig wahrscheinlich. Aber denkbar wären durchaus elementare Ausbrüche vor allem in großen Entwicklungsländern wie Indien oder Brasilien, wo die Borniertheit und Uneinsichtigkeit der autochthonen herrschenden Klassen im Bündnis mit den Mächten des Neo-Imperialismus zu revolutionsartigen Explosionen der Verzweiflung führen kann, die Kettenreaktionen mit tiefgreifenden ökonomischen Rückwirkungen auch auf die Industrie-

länder auslösen könnten. Denn auf die Dauer ist der Zustand unhaltbar, daß eine privilegierte Minderheit der Weltbevölkerung einen aufreizend hohen Lebensstandard genießt, u. a. mit Hilfe eines verantwortungslosen Raubbaus an Rohstoffen und Ressourcen sowie einer sich ständig steigernden ökonomischen Ausbeutung der ohnehin schon verarmten Mehrheit, wobei sich national in fast jedem Entwicklungsland der gleiche Vorgang wiederholt.

Konfrontation in den Industrieländern

Das schafft enorme Spannungen, die nach Kenntnis der Geschichte und der üblichen Verhaltensmechanismen von Menschen in ständiger Not und Entbehrung eines Tages zu ungeheuren Explosionen führen müssen, zunächst in Entwicklungsländern und unter ihnen selbst, wie z. B. schon im Krieg zwischen Indien und Pakistan angedeutet, oder schließlich auch gegen die Industrieländer selbst. Das Einsickern von Angehörigen europäischer wie außereuropäischer «Gastarbeiter» und Studenten von Norditalien bis England und Schweden eröffnet am Tag X der großen Krise zwischen Nord und Süd bereits eine Art Heimatfront in den Industrieländern selbst gegen die Metropolen von Aufbeutung und Neo-Kolonialismus. Und die USA haben mit ethnischen Minderheiten, den Afro-Amerikanern, Mexikanern und Puerto Ricanern, ohnehin schon ihr eigenes Sub-Proletariat, das sich bereits teilweise in die weltweiten Bürgerkriegsfronten einreiht.

Die erste UN-Umweltschutz-Konferenz in Stockholm

Das dritte einschlägige Ereignis war die erste UN-Umweltschutz-Konferenz in Stockholm. So erfreulich das Zusammentreten der Konferenz an sich war, weil nunmehr erstmals die Sorge einiger — angeblich weltfremder — «Spinner» auf Weltebene gehoben und weltweit hörbar artikuliert wurde, so blieb doch vieles aus politischen Gründen leere Deklamation. Es war schon peinlich genug, daß die Sowjetunion und fast alle sozialistischen Länder Osteuropas aus Protest fernblieben, weil auf Betreiben der Bundesrepublik die DDR ausgeschlossen blieb, obwohl die DDR durch ihre Zustimmung zur Berlin-Regelung und ihre Bereitschaft zur Eröffnung des Dialogs zwischen BRD und DDR wahrhaftig das von Bonn stets geforderte Wohlverhalten als Vorleistung erbracht hatte. Wichtiger war der Protest des schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme, als Gastgeber des wohl sympathischsten und humansten aller Industrieländer, gegen den umweltvernichtenden Vietnamkrieg der USA, ohne allerdings die USA beim Namen zu nennen. Es zeugt für die noch immer ungebrochene «Arroganz der Macht», daß sich die offiziellen Vertreter der USA über diesen Vorgang auch noch empört gaben.

Dritte Welt gegen Umweltschutz?

Auf weite Sicht vielleicht noch gravierender ist ein Dilemma, das sich

erstmals in Stockholm weltweit sichtbar auftat: Die Sprecher der Entwicklungsländer betrachten Maßnahmen zum Umweltschutz, zu dem sich die Industrieländer endlich aufraffen wollen, als ein Mittel zur Blockierung ihrer eigenen ökonomischen Entwicklung. Als die zwangsweise, jedenfalls unverschuldeten Nachzügler in der industriellen Entwicklung wollen sie jetzt um jeden Preis den Entwicklungsstand der Industrieländer aufholen und nehmen auch ein Ausmaß an Umweltverschmutzung in Kauf, das endgültig jede Illusion über traute Idyllen in angeblich noch heilen Welten zerstören muß. Jetzt rächt sich endgültig aufs bitterste, daß der Kapitalismus seit dem Zeitalter der «Entdeckungen» und der Expansion in Übersee seinen Aufstieg zur Weltherrschaft durch die ökonomische Ruinierung schon existierender Wirtschaften (z. B. Indien, speziell Bengalen) nahm, durch transatlantischen Sklavenhandel und Sklaverei in der Neuen Welt, durch Kolonialismus und Imperialismus, kurz durch alle nur denkbaren Formen ökonomischer Ausbeutung und inhumaner Unterdrückung. Es rächt sich jetzt, daß auch nach der formalen nationalen Emanzipation Asiens und Afrikas die ökonomische Abhängigkeit und Ausbeutung blieb, auch gerade unter der Form sogenannter «Entwicklungshilfe». Das Mißtrauen in den Entwicklungsländern ist riesengroß, daß der Umweltschutz nur der letzte und raffinierteste, weil an sich plausible, Trick der Industrieländer ist, um die Entwicklungsländer auf dem Status von armen Agrar- und Rohstoffländern zu fixieren, während die Industrieländer im Schutz ihrer (wenn's hochkommt) gereinigten Umwelt ihre Privilegien ungestört weitergenießen. So objektiv ungerechtfertigt das Mißtrauen des Welt-Proletariats gegen seine herrschende Klasse diesmal sein mag, was die Motive zum Umweltschutz angeht, so muß die Weltpolitik in dieser Frage mit den subjektiven Ängsten der Entwicklungsländer, zumindest was die Konsequenzen aus dem Umweltschutz angeht, als einer neuen Größe rechnen.

Kapitalismus unfähig, globale Probleme zu lösen

Zugleich beweist das neue Element in unserer Weltentwicklung, daß der Kapitalismus als Wirtschafts- und Herrschaftsprinzip unfähig ist, die globalen Probleme der Menschheit zu lösen, weil die Regierungen der kapitalistischen Länder nicht so schnell (wenn überhaupt) das Vertrauen der Entwicklungsländer in Sachen Umweltschutz gewinnen werden. Die Notwendigkeit sozialistischer Regierungen in möglichst vielen oder gar allen Ländern der Welt wird immer evidenter.

Was eine sozialistische Weltregierung tun müßte

Sie haben noch die theoretische Chance, fünf Minuten vor zwölf vielleicht doch noch durch eine sinnvolle Kooperation die Voraussetzungen zu schaffen, um die dreifaltige Weltkatastrophe in Gestalt der einen

oder anderen der drei Weltgefahren oder in allen Weltgefahren zusammen — durch rationale Planung und sinnvolle Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu vermeiden: Durch Abbau der sinnlosen militärischen Konfrontation des Kalten Krieges zwischen Industrieländern kapitalistischer und kommunistischer Couleur wäre die Gefahr des Dritten Weltkrieges beseitigt. Die freiwerdenden Mittel aus den irrsinnigen Rüstungen in West wie Ost könnten in den Entwicklungsländern, unter Vermeidung oder Minimierung von Umweltschäden, durch Industrialisierung und Modernisierung von Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft eingesetzt werden, ferner zu Umweltschutzmaßnahmen selbst. Durch Planung im Interesse aller würde es möglich, die schweren inneren sozialen Probleme in den westlichen Industrieländern zu lösen, vielleicht sogar den hohen Lebensstandard einzufrieren oder gar zu senken, um zusätzliche Mittel für Umweltschutz und Entwicklung in den bisher benachteiligten Ländern zu gewinnen.

«Die Grenzen des Wachstums»

Insgesamt wäre der Inhalt einer rationalen Welt-Entwicklungs- und Umweltschutzpolitik gerade nach Erscheinen des im Auftrag des Clubs von Rom soeben herausgekommenen Berichts «Zur Lage der Menschheit» unter dem Titel «Die Grenzen des Wachstums», so zu umschreiben, wie es vor einem Jahr — ohne nähere Spezialkenntnisse und ohne Wissen um den genannten Bericht — an dieser Stelle geschah: «Abbremsen des technischen 'Fortschritts' und des ökonomischen Wachstums, zumindest bis zur Stabilisierung der Lage und Überwindung der Umweltgefahren; bessere und gerechtere Verteilung der Güter auf dieser Erde an a l l e: kurzum, mehr Planung und Gerechtigkeit, mehr Demokratie und Sozialismus». («Neue Wege», Juli/August 1971, S. 240.) Nur so wäre vielleicht doch noch eine letzte Chance zur sinnvollen und humanen Sanierung unseres Erdballs mit seinen immensen Problemen offen. Vielleicht kämen aber auch noch so gutgemeinte sozialistische Initiativen zu spät, weil die Gesamtentwicklung bereits hoffnungslos verkorkst ist. Eine wesentliche Voraussetzung wäre allerdings die Bereitschaft, den Götzen des unendlichen ökonomischen Wachstums zu zerstören, der in der 1. (kapitalistischen), 2. (kommunistischen) wie der 3. (unterentwickelten) Welt bisher noch die Entwicklung diktiert.

Ahmt China die Industrieländer nach (? Red.)

In dieser Beziehung ist das Verhalten Chinas instruktiv, weil es als volksreichstes aller Entwicklungsländer und kommunistischen Staaten (und der Welt) überhaupt eine der Hauptsünden der kapitalistischen Welt nachäfft — die industrielle Entwicklung um jeden Preis. Man kann verstehen, daß auch die kommunistischen Länder an den Segnungen der Industrialisierung und des Weltwirtschaftswachstums teilhaftig werden

wollen. Aber sozialistische Planung nur auf nationaler Ebene führt genauso in chaotischen Egoismus, weltweit gesehen, wie die bisherige Praxis der ungeregelten ökonomischen Expansion unter dem Kapitalismus, wenn solche Planung nicht auf die Bedürfnisse auch der übrigen Menschheitsgenossen Rücksicht nimmt. Ein weltweiter Sozialismus mit einer Art Weltregierung, gleichsam ein positiver Leviathan zur Koordinierung aller wirtschaftlchen und technischen Anstrengungen wirklich im Interesse der Gesamtheit, ist nicht mehr eine törichte Utopie einiger Verrückter oder Idealisten, sondern buchstäbliche Notwendigkeit, um die sich abzeichnende Not der Menschheit, zunächst nur in den Entwicklungsländern und in Vietnam, sinnvoll und human abzuwenden.

Vorläufig aber herrschen noch Unvernunft, Egoismus, Kurzsichtigkeit und Brutalität vor. Die Diskrepanz zwischen einsehbarer Notwendigkeit und tatsächlicher Notverschlimmerung in West wie Ost, Nord wie Süd, läßt Spannungen bei sensiblen oder ausgepowerten Zeitgenossen in den Entwicklungsländern wie in Industrieländern entstehen, die leicht in Emotionen einmünden und in irrationale Aktionen umschlagen.

Zunahme der Gewalttätigkeit — überall!

Kein Wunder, daß Gewalttätigkeit in der Welt um sich greift, daß Individuen und kleine Gruppen den Regierungen und Mächtigen dieser Welt das Monopol an irren Taten der Gewaltsamkeit nicht mehr gönnen wollen. Die Millionen von Bomben in Vietnam,abgeworfen von einer sich christlich und demokratisch gerierenden Regierung, die Gemetzel erst in Ost-Pakistan gegen die Bengali, jetzt in Bangla Desh gegen die Bihari, der Watussi in Burundi relativieren unvermeidlich die Gewaltanwendung durch Gruppen von Verzweifelten oder Verrückten in aller Welt — vom Massaker in Lod durch drei Angehörige einer japanischen «Roten Armee» über Nordirland bis zur Baader-Meinhof-Gruppe in der Bundesrepublik, der sog. «Roten-Armee-Fraktion» (RAF). Bei der Unvernunft der meisten Herrschenden und Regierungen ist damit zu rechnen, daß amtliche wie private Gewalttätigkeit in aller Welt zunehmen wird, von Kriegen um die schwindenden Ressourcen, über Bürgerkriege um die Verteilung des Wohlstandes in nationale Gesellschaften bis hin zum verzweifelten Versuch, revolutionäre Prozesse mit Gewalt in Gang zu setzen, wenn die herrschenden Strukturen so starr und verkrustet sind, daß sie — mit oder ohne Anspruch auf demokratische Prinzipien — friedliche Reformen und Veränderungen praktisch nicht mehr zulassen. So fällt der tour d'horizon über eine unruhige Welt von Krisenherd zu Krisenherd aus mit nur wenigen Lichtblicken, wie zum Beispiel neuerdings im Sudan.

Krisenherd Nummer eins: USA

Beginnen wir, wie üblich, in der «Ersten Welt», im Kapitalismus, weil es dort am meisten zu berichten gibt. Die Vormacht des Imperialismus, die USA, gerät immer tiefer in ihre hier seit 1969 apostrophierte innere Krise. In der Nummer vom 17. Juli 1972 bringt der «Spiegel» eine eindrucksvolle Analyse über das, was er «Staatsverdrossenheit» in den USA nennt. In ihr finden sich die eigenen Kurz-Analysen und Kurz-Prognosen aus der Ferne in deprimierender Weise bestätigt: Das Gefühl, daß die Regierung die Unwahrheit sagt, ist weitverbreitet, daß die Politiker aller Parteien nur ihren eigenen Vorteil suchen, daß sie unfähig sind, die schweren inneren und äußeren Probleme zu lösen. Berichte aus amerikanischen Universitäten erwecken den Eindruck, daß die USA in einen Sumpf der Lethargie, Hoffnungslosigkeit und Apathie versinken, unterbrochen nur durch Akte besonderer Brutalität der Herrschenden, und den demonstrativen Protest des an sich rationalen und intellektuellen Elements. Immer mehr Amerikaner möchten auswandern oder tun es sogar tatsächlich. Der Mordversuch an dem rechtsextremistischen Demokraten Wallace aus dem rassistischen Alabama ist die erste spektakuläre Gewalttat gegen Rechts. Der Freispruch im Angela Davis-Prozeß könnte zwar einen winzigen Hoffnungsschimmer für Amerika bedeuten, aber er wird mehr als aufgewogen durch den Freispruch für den My Lay-Mörder, Leutnant Calley, und die immense Popularität, die er im Lande genießt. Inzwischen geht die doktrinwidrige Kombination von Inflation und Stagnation weiter, die immer wiederkehrende Schwäche des Dollars, der galoppierende Vertrauensverlust auf allen Gebieten, die soziale Demontage für die sozial Schwachen, die Hoffnungs- und Aussichtslosigkeit für die Afro-Amerikaner. Ein weiterer Hoffnungsschimmer könnte die Nominierung von McGovern als Präsidentschaftskandidat bedeuten, zumal wenn er zum Präsidenten der USA gewählt werden sollte. Aber in dem mörderischen Land USA wäre vermutlich schon sein weiteres Schicksal sicher, wenn er tatsächliche tiefgreifende Veränderungen in einem menschlichen Sinn wagen sollte — die beiden Brüder Kennedy sind Mahnung und Warnung genug.

Nixons Anbiederungsversuche bei China und der Sowjetunion

Während sich die Anzeichen dafür mehren, daß sich die USA immer mehr auf sich selbst zurückziehen, weil sie nach außen moralisch unglaubwürdig, nach innen demoralisiert und mit sich selbst beschäftigt sind, versucht Nixon den notwendigen Rückzug der USA von der in Vietnam gescheiterten Weltherrschaftsposition durch gewagte diplomatische und militärische Balanceakte politisch zu decken, die gleichwohl die Position der USA in der Welt verändern. Während Nixon das Bombardement Vietnams immer noch intensivierte, versuchte er sich durch

seine Reisen nach Peking und Moskau bei den kommunistischen Großmächten anzubiedern oder abzusichern. Unmittelbare Ergebnisse waren in Peking zunächst nicht sichtbar, weil der Vietnamkrieg in unverminderter Heftigkeit weitergeht, aber dafür stellten sich bald die zu erwartenden Konsequenzen in anderen Ländern ein.

... und ihre Konsequenzen

Die Nachbarn Chinas scheinen sich allmählich auf den Rückzug der USA einzustellen und sich mit der Volksrepublik zu arrangieren. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Sato scheinen sich neue japanisch-chinesische Beziehungen abzuzeichnen, und im geteilten Korea tritt Präsident Park die Flucht nach vorn vor den befürchteten Konsequenzen des Nixon-Besuchs in Peking an, indem er offensichtlich auf ein geregeltes Nebeneinander zusteuert, ähnlich wie es sich zwischen BRD und DDR abzeichnet.

SALT, eine Kulisse für weitere Aufrüstung

Nixons Moskau-Besuch in Moskau wurde äußerlich durch die Unterzeichnung des SALT-Abkommens zur (angeblichen) Einschränkung der Rüstung in Raketen- und nuklearen Offensivwaffen «gekrönt», aber der militärisch-industrielle Komplex in den USA scheint die ohnehin nur vagen Bestimmungen weiter unterlaufen zu wollen. Die Deklaration über weltweite Zusammenarbeit bleibt zwar hohle Deklamation, solange die USA ihren kriminellen Vietnamkrieg weiterführen und die Sowjetunion stillhalten muß, will sie nicht den Dritten Weltkrieg riskieren, aber die Deklaration hat wenigstens den Vorteil, daß man in Zukunft die USA auf ihre schönen Worte in Moskau festnageln kann, denn friedliche Koexistenz ist nun einmal auf die Dauer unteilbar und muß auch für Vietnam und andere Länder gelten, in denen die USA das freie Spiel sozialer und politischer Kräfte durch ihre Intervention hemmen.

Die Sowjetunion. Sichtbare Spannungen

Vom einen Partner oder Gegenspieler der USA, der Sowjetunion, ist, wie immer, wenig zu berichten, weil Entwicklungen dort im allgemeinen entweder unspektakulär oder hinter einem gewissen Schleier mangelnder Informationen vorsichgehen. Die Unruhen in Kaunas, im katholischen Litauen, im Juni 1972 haben den Schleier an einer Stelle offenbar jäh gelüftet. Aber mangels näherer Informationen wird sich der Außenstehende, der sich nicht wie ein Aasgeier auf jede innere Schwierigkeit sozialistischer Staaten stürzen und deren Eingeweide herauszerren will, im Urteil zurückhalten müssen, da er nicht beurteilen kann, ob und wie weit Vorwürfe und Gegenwürfe sachlich berechtigt sind. Jedenfalls könnten die Vorgänge in Kaunas darauf hindeuten, daß die Sowjetunion in Zukunft mit steigenden inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird,

die sich aus dem Ressentiment der kleineren Völker Osteuropas innerhalb wie außerhalb der Sowjetunion gegen die großrussische Dominanz ergeben. Religiöse Differenzen werden ebenso zur ideologischen Rechtfertigung dienen wie der Rückgriff auf die je nationale Geschichte, und die Antikommunisten aller Länder werden hochbeglückt über jeden Fall solcher Spannungen sein, weil sie vortrefflich von den eigenen Schwierigkeiten und inneren Konflikten ablenken.

Die Volksrepublik China

Der andere Partner oder Gegenspieler der USA, die Volksrepublik China, hat mit ihrer Rückkehr in die Weltpolitik nach Überwindung der Kulturrevolution nunmehr wieder alle Symptome «normaler» kommunistischer Entwicklung aufzuweisen: Produktionssteigerung um jeden Preis, Konsumwachstum als nur kommunistisch eingefärbter Fetisch, Entstehen von neuen sozialen Differenzierungen innerhalb der angeblich egalitären sozialistischen Gesellschaftsordnung. Nach Berichten eines kompetenten und verständnisvollen China-Kenners über seinen Aufenthalt in China im Frühjahr 1972 betrachtet man dort die Kulturrevolution eher mit selbstironischer Distanz, die meisten Führungskader sind wieder an ihren alten Plätzen, und der Mao-Kult ist im Interesse des Abbaus des Personen-Kults spürbar zurückgegangen. In der Außenpolitik lenkt Peking in Bahnen ein, die sie lange Zeit den Sowjets vorgeworfen hatte, die Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu allen möglichen Regimen, auch konservativ-reaktionärer Art.

Im weiten Gürtel asiatischer Länder von Korea bis zur Türkei läßt sich die Situation vielleicht auf den einen gemeinsamen Nenner bringen, daß man dort die Konsequenzen abwartet, die sich aus dem Nixon-Besuch in Peking und dem Ende des Vietnamkrieges einstellen werden, denn selbst der Vietnamkrieg muß ja einmal zu Ende gehen, und wenn er nur in sich selbst zusammenbricht, weil es keine Menschen mehr gibt, die die USA töten bzw. töten lassen können, keine Landschaft, die sie noch zerstören können.

Der indische Subkontinent

Auf dem indischen Subkontinent hat die Gründung des Staates Bangla Desh nach dem dritten indisch-pakistanischen Krieg nur oberflächlich Beruhigung gebracht. Das Gemetzel in Bangla Desh geht weiter, jetzt aber gegen die Minderheit der Bihari, 1947 aus dem indischen Bihar nach Ostbengalen geflohene Moslems, die im Herbst 1971 die Repressionspolitik der westpakistanischen Zentralregierung aktiv unterstützt hatten und dafür nun ihrerseits mit Massakern und Ghettoisierung zu büßen haben, ohne Aussicht, angesichts des seit Jahren angesammelten mörderischen Hasses auf beiden Seiten, einen annehmbaren Platz in

Bangla Desh zu erhalten. Die einzige Chance wäre die erneute Flucht oder Aussiedlung — aber wohin? Nach Westpakistan? Für die dortigen Herrscher haben sie mit ihren Pogromen gegen die Bengalis ihren Dienst getan, und sie würden die Biharis kaum bei sich aufnehmen aus über zweitausend Kilometer Entfernung, aus absolut andersartigen klimatischen und geographischen Bedingungen.

Die Tragödie der Biharis

So sind die Biharis in ihrer Situation zwischen Baum und Borke seit 1947 Symbol und zugleich Opfer einer Ideologie geworden, die glaubte, nur allein auf die Religion einen Staat gründen zu können. Unterdessen scheint sich Pakistan auf einen vierten Waffengang mit Indien zu rüsten, um die bengalische Scharte mit der Eroberung Kaschmirs auszuwetzen, wo immerhin knapp 80 Prozent der Bevölkerung Moslems sind, weshalb Pakistan nach wie vor Anspruch auf das zum größten Teil von Indien besetzte Land erhebt.

Indira Gandli: Grenzen ihrer Macht

In Indien hat Indira Gandhi im Frühjahr 1972 im Sog des siegreichen dritten Krieges gegen Pakistan einen strahlenden Wahlsieg über ihre Widersacher rechts und links errungen. Die von ihr zuvor entmachteten konservativen Bosse der alten Kongreß-Partei wurden in den Wahlen ebenso geschlagen wie die Kommunisten und Sozialisten der verschiedenen Couleurs. Im Grunde müßte Indira Gandhi aber bange sein vor dem gewaltigen parlamentarischen Sieg. Denn abgesehen von einem etwas radikaleren Vokabular und dem Namen ihres Vaters Jawaharlal Nehru sowie ihrer zweifellos bedeutenden eigenen Persönlichkeit, hat sie kaum etwas an Programm oder Perspektiven anzubieten, um die Probleme ihres (sind's im Augenblick 530 oder 570-?) Millionenvolkes wirklich zu lösen. Die herrschende Klasse Indiens müßte bereit sein, durch Preisgabe ihrer Macht und Privilegien nicht nur einen materiellen Beitrag zur Überwindung der gewaltigen ökonomischen und sozialen Probleme Indiens zu leisten, sondern zugleich auch ein Beispiel zu geben. Nach allen historischen Erfahrungen wird das die herrschende Klasse auch in Indien nicht tun, sondern Indira Gandhi eher noch an sozialistischen Reformen hindern, die vielleicht noch die Wende zum Besseren erzwingen könnten. Wenn der Glanz des militärischen Sieges über Pakistan und der Zauber der Persönlichkeit Indira Gandhis verblaßt sein werden, werden sich die inneren Schwierigkeiten Indiens von neuem und noch drohender stellen, weil inzwischen die Bevölkerung Indiens um einige Millionen Menschen reicher und um einige Hoffnungen ärmer geworden sein wird.

Israel*

Die Hoffnungslosigkeit im Nahen Osten hält an. Das Massaker von Lod, wo palästinensische Freischärler-Organisationen Terroristen aus Japan als Selbstmordkandidaten zu einem bisher in der Form einmaligen Gemetzel engagierten und einfliegen ließen, setzte neue Akzente. Der israelische Gegenschlag gegen den südlichen Libanon ließ an Härte nichts zu wünschen übrig, selbst wenn er hinterher offiziell als Versehen bedauert wurde. Die israelische Politik der Stärke provoziert gerade durch ihren bisherigen Erfolg Ressentiments ringsum in den arabischen Ländern, weil sie auf die Dauer doch keine allseitig akzeptable Lösung ermöglicht.

Afrika: Gemischte Bilanz

Afrika bietet erstmals eine gemischte Bilanz. Der Sturz der Regierung Busia durch den zweiten Militärstaatsstreich und der Tod Nkrumahs im Exil lenkte zweimal den Blick auf Ghana, das in der Vergangenheit so häufig Vorreiter in der sozialen und politischen Entwicklung Afrikas gewesen war. Die Freude über die Nachricht, daß der jahrelange blutige Bürgerkrieg im Sudan endlich friedlich beigelegt wurde, verflog schnell angesichts des Massakers der Watussi gegen die Wahuti in Burundi. In beiden Fällen handelt es sich um Konflikte, die durch das Hereinragen von in der Vergangenheit geschaffenen Zuständen der Unterdrükkung und Ausbeutung als Folge einer Eroberung entstanden — in Burundi die Unterwerfung der Wahuti-Bauern durch die Watussi-Viehzüchter im 16. Jahrhundert, im Sudan die Unterwerfung des südlichen, schwarzen Sudan im Zuge der Eroberungen Ägyptens im 19. Jahrhundert, auf der Suche nach Elfenbein und Sklaven. Südafrika, wo eine historisch komplexere Form der Eroberung und eine subtilere Form der Ausbeutung von Schwarzen durch Weiße vorliegt, ist nun endlich auch von der Welle protestierender Studenten aus der eigenen herrschenden Klasse, gegen die konfliktgebärende Ungerechtigkeit der eigenen Herrschaft erreicht worden.

Südafrika

Englischsprechende Studenten, die historisch noch zum eher liberalen Flügel der herrschenden Klasse Südafrikas gehören, protestieren erstmals en masse gegen das System der Apartheid und wurden von der Polizei mit einer Promptheit und Brutalität zusammengeschlagen, die in die Köpfe einiger die gleichen revolutionären Lektionen einbläuen wird, wie es in diesem Jahrhundert an vielen Orten auch schon geschah. Die Rückwirkungen auf das Apartheidsystem lassen sich in großen Zü-

---

* Die Ausweisung der russischen Militärkräfte aus Ägypten mag neue Perspektiven eröffnen. 21. Juli 1972. Red.

gen bereits ablesen, aber noch nicht in den Details, vor allem Zeitpunkt und Tempo einer revolutionären Entwicklung. Die Unruhen in Rhodesien anfangs des Jahres, provoziert durch die Untersuchungen der Pearce-Kommission, und die Unruhen auf Madagaskar, die zur taktischen Eliminierung des konservativen, formal-sozialdemokratischen Staatspräsidenten Tsirana führten, weisen in ähnlicher Richtung.

Türkei und Griechenland: Stehen oder fallen mit der herrschenden Schicht der USA

In der Türkei, wie in anderen Ländern, hat im Protest gegen die von der Militärdiktatur noch verhärteten Herrschaftsstrukturen, die jede Reform von innen ersticken, bereits faktisch der revolutionäre Bürgerkrieg begonnen. Noch ist die Militärjunta Herr der Lage, aber das Auftreten von bewaffneten revolutionären Gruppen, die mit traditioneller türkischer Härte zerschlagen wurden, deutet auf innere Spannungen hin, die sich folgenreicher entladen werden, wenn der letzte und einzige Rückhalt für die gegenwärtig durch eine Militärdiktatur regierende herrschende Klasse wegfällt, die USA, wenn deren eigene innere Probleme über die herrschende Klasse der USA zusammenschlagen werden. Ähnliches gilt für die benachbarte und gleichgestimmte Militärjunta in Griechenland, wo die Kette von Manifestationen und Aktionen des Widerstands nicht abreißen will. Die beiden Militärjunten, seit Jahren trotz gemeinsamer NATO-Zugehörigkeit wegen Zypern verfeindet, trafen sich aber auch wieder über Zypern: Gemeinsam üben sie Druck auf den Staatspräsidenten Zyperns, Makarios, aus, der seit der Errichtung der Militärdiktatur in Griechenland nicht nur nichts mehr von der Enosis, der Wiedervereinigung mit Griechenland, unter solchen politischen Bedingungen wissen will, sondern sich auch noch — horribile dictu — im Innern auf die stärkste Partei Zyperns stützt, die Kommunisten. So kam es zu Attentatsversuchen, Regierungsumbildung und Spannungen, die ein Wiederaufleben des zypriotischen Bürgerkriegs und den Sturz von Makarios befürchten ließen.

Italien

Die italienische Dauerkrise nahm nach den auf den Mai 1972 um ein Jahr vorgezogenen Neuwahlen eine neue Wendung, denn sie brachten einen erheblichen Rechtsruck: Die Democrazia Cristiana behauptete sich wider Erwarten, die Kommunisten nahmen nur geringfügig zu, dafür verschwand die «Proletarische Linke» aus dem Parlament, während die Neofaschisten auf Kosten der (konservativen) Liberalen drastisch zunahmen. Die Sozialisten kehrten nunmehr endgültig nicht mehr in die Mitte-Links-Koalition zurück. Trotz Beteiligung der (schwachen und rechten) Sozialdemokraten ist nur eine Mitte-Rechts-Koalition herausgekommen, weil nunmehr die rechten Liberalen in die Regierung ein-

zogen. Von einer solchen konservativen Regierung ist keine Lösung der Grundprobleme Italiens zu erwarten.

Kommt es zur Militärjunta?

Im Fortschreiten der inneren Krise wird es zu heftigen Konflikten kommen, die die herrschende Klasse Italiens vermutlich zur Notbremse griechischer Zustände werden greifen lassen. Dann ist auch in Italien der Bürgerkrieg perfekt, der sich schon jetzt in den Konfrontationen extrem rechter und linker Gruppierungen auf der Straße und im ebenso mysteriösen wie aufsehenerregenden Fall des linken Verlegers Feltrinelli abzeichnet.

In der Bundesrepublik ist eine ähnliche Tendenz der Polarisierung im vergangenen Halbjahr für jedermann sichtbar geworden. Die Gesamtentwicklung ist so widersprüchlich und komplex, daß eine einigermaßen adäquate Skizze allein schon den für den «Weltpolitischen Überblick» üblichen Umfang erreichen müßte. Hier nur so viel:

Polarisierung auch in der Bundesrepublik Deutschland

Zwei Ebenen der Polarisierung sind zu untersuchen — die systemimmanente innerhalb der parlamentarisch-demokratischen Ordnung auf der Basis des Kapitalismus, also zwischen den Parteien, zwischen Regierung und Opposition und innerhalb der Parteien selbst, andererseits zwischen dem Gesamtsystem und einigen oppositionellen Gruppen. Nur zu Zwekken der Analyse ist es möglich, beide Ebenen theoretisch scharf zu trennen, während in Wirklichkeit schon die konservativ-reaktionären Kräfte dafür sorgen, daß beide Ebenen in Kontakt kommen, sodaß die auf beiden Ebenen entstandenen Spannungen Explosionen auslösen können, die stracks in den Bürgerkrieg hineinführen.

Die SPD/FDP-Koalition als gemäßigte, sozusagen systemimmanente Reaktion auf zwanzig Jahre konservativer Restauration und Stagnation, ist die letzte Chance für das kapitalistische System in der Bundesrepublik, seine Reformfähigkeit mit parlamentarischen Mitteln zu erweisen. Unter Reformen sind hier tiefgreifende Veränderungen verstanden, die, selbstverständlich mit Zustimmung der Bevölkerung, eine Entwicklung zum Sozialismus, also zur gesamtgesellschaftlichen Kontrolle und Verfügung über die ausschlaggebenden Produktionsmittel im Interesse der Gesamtgesellschaft, ermöglichen oder gar bewirken. Scheitert die sozialliberale Koalition, so ist früher oder später der Bürgerkrieg nach allen historischen Erfahrungen wahrscheinlich, sodaß nur auf revolutionärem Wege nachzuholen wäre, was die herrschende Klasse jahrzehntelang evolutionär-reformerisch versäumte oder blockierte.

Reformversuche der SPD

In drei Jahren hat die sozialliberale Koalition mit ihrem außenpolitisch längst überfälligen Reformversuch in Gestalt der neuen Ostpolitik und

ihren schüchternen Ansätzen zu Reformen nach innen bereits den heftigen Widerstand der konservativen, im Grunde noch immer herrschenden Klasse provoziert. Es gelang der Regierung Brandt/Scheel zwar, die neue Ostpolitik im Parlament durchzuziehen, aber nur mit einer für die Bundesrepublik blamablen Enthaltung der CDU/CSU in der Schlußabstimmung. Die Ostpolitik stürzte alle Parteien in eine innere Krise — die FDP verlor in zwei Raten ihren rechten Flügel im Bundestag — Mende, Starke, Hupka im Sommer 1970 nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags, Helms, Kühlmann- Stumm, Kienbaum im Frühsommer 1972 während der Ratifizierungskrise. Die SPD leistete ihren Beitrag zur — hier bereits vor zwei Jahren als möglich angesprochenen Möglichkeit der Umgruppierung der Parteien («Neue Wege», Juli/Aug. 1970, S. 240), als sie nun auch Vertreter ihres rechten Flügels an die CDU/CSU abgab — Klaus-Peter Schulz, Herbert Hupka, Seume, praktisch auch Günther Müller. Dahinter zeichnet sich jedoch bereits für die kommende Legislaturperiode ein neuer rechter Flügel im Bundestag ab, der entweder den gleichen Weg zur CDU geht oder die Partei offen spaltet — Conrad Ahlers, Karl Schiller, Hermann Schmitt-Vockenhausen. Georg Leber, vielleicht auch Hans-Jochen Vogel.

Es geht um die «Freie Marktwirtschaft»

Denn in den nächsten Jahren geht es tatsächlich, was sich schon jetzt abzeichnet, um die Zukunft der «freien» oder auch «sozialen Marktwirtschaft», also um die kapitalistische Ordnung, und der neue rechte Flügel der SPD hat sich schon längst als Verteidiger der «Marktwirtschaft» gegen ihre schärfsten Kritiker, die Jungsozialisten und Neue Linke, profiliert. Die SPD aber steht im Dilemma zwischen fortschreitender Erkenntnis, daß mit freimarktwirtschaftlichen Methoden kein moderner Staat mehr zu machen ist, weil der Kapitalismus immer unfähiger wird, auch nur die eigenen und zudem selbstgeschaffenen Probleme zu Hause und in der übrigen Welt zu lösen, und der noch immer ungebrochenen Macht des Kapitalismus in der Bundesrepublik. Das gut sozialistische Schwanken zwischen besserer Einsicht und dem Sichfügen in angeblich höhere Gewalt wird die SPD in den kommenden Jahren in vermutlich wachsende innere Krisen stürzen.

Krise auch in der CDU/CSU

Andererseits ist die analoge Polarisierung auch in der CDU/CSU zu beobachten. Schon die Ratifizierung der Ostverträge hätte beinahe die offene Spaltung bewirkt, weil in der Endphase der Auseinandersetzungen eine wichtige Gruppe um Oppositionsführer Rainer Barzel die Unmöglichkeit einsah, die Ostverträge scheitern zu lassen, wogegen sich Strauß und die CSU erwartungsgemäß quer legten, sodaß sie — u. a. durch Androhung, die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU aufzulösen — die mehrheitliche Stimmenthaltung der CDU/CSU-Fraktion erzwangen

Der versuchte und nur knapp gescheiterte Kanzlersturz vom 26. April war vermutlich auch ein Stück innerparteilichen Machtkampfes von Strauß gegen den opportunistischeren Barzel. Die kommenden sozialpolitischen Konflikte werden ähnliche Auseinandersetzungen wie in der SPD auch in der CDU (wohl kaum in der CSU) provozieren, wie sich bereits in pointierten Stellungnahmen des Geschäftsführers der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, also der CDU-Arbeiterschaft, erkennen läßt. Blüm steht zahlreichen seiner Kollegen der SPD näher als der CSU, und auf der unteren Ebene kam es in den letzten Jahren, von der Öffentlichkeit nicht groß bemerkt, schon zu mehreren Übertritten aus den CDU-Sozialausschüssen zur SPD.

Strukturreformen sind bisher ausgeblieben

Abgesehen von der neuen Ostpolitik sind bisher keine Strukturreformen, die den Namen verdienen, auch nur anvisiert worden, abgesehen von der Hochschulreform, die im parlamentarischen Patt im Bundestag und der plötzlichen Angst vieler SPD-Funktionäre vor den unbequemen Universitäten steckengeblieben ist. Im kommenden Wahlkampf wird die Reaktion alle ihre Kräfte mobilisieren, um einen Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition zu verhindern. Der Wahlkampf in Baden-Württemberg im April 1972 gab bereits einen Vorgeschmack auf die nationale Demagogie der CDU/CSU, aber auch auf einen parteipolitischen Trick zur Gewinnung einer konservativen Mehrheit — Rücktritt der NPD von den Wahlen zugunsten der CDU/CSU.

Das Schweigen zu Vietnam

Gleichsam quer zur hier nur angedeuteten systemimmanenten und innerparteilichen Polarisierung steht die in der Konsequenz systemsprengende Polarisierung zwischen dem Gesamtsystem und revolutionär-oppositionellen Gruppen. Sie geht auf das Jahrzehnt innenpolitischer Stagnation zwischen 1959 und 1969 zurück, als die SPD, gewiß unter dem Druck ihrer bisherigen Mißerfolge bei den Wahlen, ihre Politik der taktischen Umarmung beschloß, damit aber auch für ein ganzes Jahrzehnt praktisch den normalen politischen Prozeß in der parlamentarischen Demokratie suspendierte. Aus der Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität entstand als Reaktion auf die Große Koalition von 1966 und das große Schweigen zum Vietnamkrieg seit dem 2. Juni 1967 die Studentenbewegung, die zunächst von außen her die Verkrustungen des Systems aufzubrechen schien, einmündend schließlich in die SPD/FDP-Regierung als Ausdruck der neuen Reformhoffnungen.

... führte zu Studenten-Unruhen

Aber das Ausbleiben von raschen Erfolgen trieb einige der sensibelsten Köpfe (Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof) in die Verzweiflung an der

Reformfähigkeit der Bundesrepublik, wie sie sich inzwischen ja schon fast herausgestellt hatte. Die Verständnislosigkeit, Borniertheit und Heuchelei führender Politiker wie weiter Teile der Gesellschaft trieb sie aus der Idiotisierung ihres Dissens und der Kriminalisierung ihres Protests schließlich in den Untergrund der Kriminalität. Dort überlebten die meisten eher schlecht als recht. Als sie — gerade passend für die Union — in die allgemeine Krise um Ostverträge und versuchten Kanzlersturz mit ihren selbstgebastelten Bomben hineinplatzten, wurden sie schnell aufgespürt und verhaftet.

... und zum anarchischen Verzweiflungsaufstand der Meinhof-Gruppe

Während die offizielle Bundesrepublik noch immer zu den noch immer — und mehr und heftiger denn je — fallenden Bomben in Vietnam hartnäckig schweigt, reagierte sie prompt, mit einem Aufwand, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, und mit einer Hysterie, die die extremen Gruppen wenigstens in einem Punkt zu bestätigen beginnt: Der kapitalistische Staat verteidigt sich, selbst in seiner mildesten Variante der sozialliberalen Koalition, gegen gewalttätigen Protest in einer Weise, daß er seine freiheitlichen Elemente selbst zersetzt. Aus Angst vor der rechten Reaktion hat die sozialliberale Koalition kurz vor der Sommerpause ein Stück der CDU/CSU zu Beginn der Legislaturperiode mühsam abgerungenen demokratischen Freiraums wieder eingeengt. Sie hat also mit der rechten Hand genommen, was sie anfänglich im Reformeifer mit der linken Hand gegeben hatte. Die Hetzkampagne der Springerpresse und der CDU/CSU, der sich einige rechte Landespolitiker der SPD anschließen, wie Innensenator Ruhnau in Hamburg, will die ganze Linke moralisch, intellektuell und damit politisch für die Bomben der Baader-Meinhof-Gruppe haftbar machen.

Jeder Nonkonformist als Helfershelfer der Anarchisten gebrandmarkt

Schon wer nicht «Bande» sagt, sondern «Gruppe», wer versucht, das Phänomen der «Roten Armee-Fraktion» rational, zum Beispiel historisch oder psychologisch zu erklären, macht sich als intellektueller Helfershelfer, als «Schreibtischtäter» verdächtig, bald vielleicht auch schon strafbar. Hat die Hetzkampagne den Erfolg, bei den Neuwahlen genügend Wähler der CDU/CSU zuzutreiben oder die SPD/FDP so weit einzuschüchtern, daß sie selbst nach einem Wahlsieg die Politik der CDU/CSU — wie seit einem Jahr mit ihrem Kesseltreiben gegen die Linken innerhalb wie außerhalb der Universität — durchführen, so sind die Konsequenzen absehbar: Schon in existenzieller Notwehr würden immer weitere Kreise der intellektuellen und politischen Linken dem Gedanken an eine Revolution nähertreten. Spätestens in der Zeit der großen Krise des Kapitalismus, mit der angesichts der krisenhaften Verrottung der USA in absehbarer Zukunft mehr denn je zu rechnen ist, würde auch

die Bundesrepublik ihre trügerische Idylle politischer Stabilität verlieren.

England: Parteien durch Beitritt zur EWG gespalten

Die große Krise der Parteien hat sich auch in England verschärft. Der vollzogene Beitritt in die EWG trieb den innerparteilichen Konflikt in der Labour-Party hart bis an den offenen Bruch zwischen «Europäern» und der Parteimehrheit, die jedoch kaum mehr vorzuweisen hat als den abgestandenen Opportunismus eines Harold Wilson und die sozialistische Gegnerschaft der Parteilinken gegen ein Europa des technokratischen Kapitalismus.

Die Protestanten Nordirlands als faschistisches Element

In Nordirland trat der Bürgerkrieg in sein bisher blutigstes Stadium, eingeleitet durch das Massaker in Londonderry vom 30. Januar. Seitdem hat die britische Regierung endlich direkt eingegriffen und die bisherige Autonomie Nordirlands suspendiert, dafür sich aber nun die Feindschaft der protestantischen Ultras eingehandelt, die sich immer mehr in die historische Position der OAS in Algerien 1961/62 oder des Smith-Regimes in Rhodesien hineinmanövrieren. Es bleibt der britischen Regierung, gleich welcher Partei, kaum anderes übrig, als nunmehr eine sinnvolle und gerechte Lösung für Nordirland durchzuziehen, notfalls mit Gewaltanwendung gegen «kith and kin», gegen die vielbeschworenen Blutsverwandten im eigenen Land, was bürgerkriegsähnliche Rückwirkungen in einem Land auslösen k ö n n t e, das einerseits auch schon an den politischen Parteien verzweifelt, andererseits mit der Anwesenheit von Westindern und Pakistani in den slumartigen Ghettos vieler englischer Industriestädte die Objekte für eine quasi-faschistische Hetzkampagne eines Enoch Powell aufweist, und Powell verbündet sich natürlich nur zu gern mit den quasi-faschistischen Elementen Nordirlands gegen die «Schwächlinge» der eigenen konservativen Regierung Heath.

Kernländer des Kapitalismus in schwerster Krise

So ist in den drei historisch wichtigsten Kernländern des Kapitalismus die innere Krise schier unheilbar einprogrammiert — England als Mutterland der industriellen Revolution und der parlamentarischen Demokratie, Rumpf-Deutschland als einer der Nachfolgestaaten des Deutschen Reichs, das von 1871 bis 1945 die mächtigste Potenz der industrialisierten Reaktion gegen die Demokratie darstellte, und nun die USA, die 1945 faktisch den Anspruch des Deutschen Reichs auf Weltherrschaft übernahmen und nun ihrerseits in die Agonie hineintreiben. Die Konflikte, die sich daraus ergeben, werden sich im nächsten Halbjahr sicherlich weiter entfalten mit der Unbarmherzigkeit einer griechischen Tragödie.

Imanuel Geiss